

Metallarbeiter Dresdens!

Am Donnerstag dem 19. April wird im Stadtverordnetenkollegium der Antrag der kommunistischen Fraktion auf Unterstutzung der ausgeperrten Metallarbeiter durch die Stadtgemeinde behandelt. In der Dresdner Volkszeitung gibt die Ortsverwaltung des DMB Dresden schon Anweisung an die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, diesen Antrag abzulehnen. Es muß also angenommen werden, daß nur die Kommunisten dafür stimmen, während die sozialdemokratisch-bürgerliche Mehrheit den Antrag ablehnen wird. Die Form der Notiz mit der Überschrift: „Kommunistisches Mandat“ läßt darauf schließen, daß eine erneute Kommunistenhege erfolgen soll.

Die kämpfenden Metallarbeiter haben alle Ursache, sich die Verhandlungen anzuhören, um sich ihr eigenes Urteil bilden zu können.

Die Sitzung findet 19.30 Uhr (7.30 Uhr) im Neuen Rathaus, Eingang Kreuzstraße 8, statt.

Nach dem neuen Beschluß wird die Tribüne 20 Minuten nach Beginn der Sitzung ohne weiteres freigegeben.

Die Dresdner Volkszeitung „berichtet“

Dem Riesenkampf der Metallarbeiter legt die Dresdner Volkszeitung „große“ Bedeutung bei. Das drückt sich schon darin aus, daß sie auf der ganzen ersten Seite kein Wort davon bringt, sondern diese, genau wie die bürgerlichen Zeitungen in ihrer ganzen Breite dem Kriegerummel widmet, obwohl der Widerspruch zu erwarten war.

Ueber die Sitzung der großen Osterverwaltung bringt sie dann auf der 3. Seite ganze 22 Zeilen, die hauptsächlich von hysterischem Geschrei gegen die Kommunisten ausgefüllt sind.

„In der Aussprache waren es die Stalinisten Jetter und Wagner, die sich als angebliche Vertreter der Massen bezeichnen und zum Ausdruck bringen, daß dieser Kampf mit einem größeren Elan geführt werden müsse.“

Unsere Genossen haben den Scheißberichten geherrt die treffende Antwort gegeben, indem sie die verpönte Kasse-Partei entsprechend lenzzeichnen.

Die zehn Zeilen Bericht über die Funktionärsversammlung am Sonnabend enthalten allein drei Stellen offenkundigen Schwindel, denn keine „überwältigende Mehrheit“ hat die Ausführungen unserer Genossen (im Jargon der Dr. B. „die irrührenden Anweisungen der Zentrale“) zurückgewiesen. Die Beschlüsse nahm im Gegenteil die Diskussionsreden unserer Genossen mit großer Aufmerksamkeit entgegen.

Auf die anderen Mäuschen können wir uns irgendwelche Entgegnungen ersparen.

Für Fortsetzung des Kampfes

Demonstration und Sammelaktion

Chemnitz, 17. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Belegschaft des größten Chemnitzer Betriebs, Schu- bert u. Salzer, beschloß in einer von ungefähr 3500 Streikenden besuchten Versammlung einstimmig, heute eine Demonstration zugunsten der Forderungen der Metallarbeiter durchzuführen. Eine weitere Entschlieung, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde, verlangt vom Metallarbeiterverband die Verbreiterung des Kampfes, sowie an die ZHD den Antrag zu stellen, sofort mit ihrem Hilfswort einzutreten. Eine Entschlieung der Belegschaft der Zimmererwerke fordert ebenfalls eine Sammelaktion seitens der ZHD. Besonders charakteristisch ist, daß in beiden Betrieben die SPD die Mehrheit im Betriebsrat besitzt, daß also die Entschlieungen die Zustimmung der Mehrheit der SPD-Arbeiter fanden.

Die Rundgebung der Metallarbeiter

Die kommunistische Partei hatte für gestern zu einer Rundgebung der ausgeperrten Metallarbeiter nach dem Schützenplatz aufgerufen. Diese Aufforderung war von der Gewerkschaftsbureaukratie des DMB mit einer wüsten Heke beantwortet worden, deren Wortführer in allen gerade stattfindenden Versammlungen von Verantwortungslosigkeit der kommunistischen Führer sprachen, die die Massen in die Polizeistampfen jagten wollten. Gleichzeitig hatte auch der altsozialistische Polizeipräsident Kühn gegen die Metallarbeiter ein großes Sipoausgebot schon in den ersten Nachmittagsstunden losgelassen, das im Interesse der Hege der Gewerkschaftsbureaukratie und der Unternehmer, die die Schlichtungsverhandlungen nicht durch Arbeiter-Rundgebungen stören lassen wollten, die Metallarbeiter verwirren und unthäter machen sollte. Dieser konzentrierte Angriff der Bureaukratie und des Polizeiparates war nicht ohne Erfolg. Hingzu kam, daß ein großer Teil der Belegschaft, die zur Gewerkschaftsopposition steht, meist außerhalb Dresdens wohnt, und daß das Regenwetter den Radfahrern den Weg schwierig machte. Hingzu kam, daß die Verbreitung der Propaganda einige Mängel aufwies. Jedenfalls waren nur einige hundert Arbeiter erschienen, die allerdings mit lebhafter Zustimmung die Ausführungen des Genossen Siegfried Kadel entgegennahmen, der in martialischen Worten die Stellung der Kommunisten zu den Wirtschaftskämpfen, insbesondere aber zu dem Metallarbeiterstreik aufzeigte. Er unterzog die Kapitulation vor dem kapitalistischen Schlichtungsschwindel einer scharfen, aber scharfen Kritik und wies nach, daß die Konzentration der Unternehmerkräfte und des kapitalistischen Staatsapparates die Zusammenfassung aller Arbeiterkräfte auf dem Boden entschlossenen Kampfes zur höchsten Pflicht macht. Die Zerplitterungsnotwendigkeit der heutigen reformistischen Gewerkschaftsführung zermürbe die Kraft der Arbeiter, und gerade dagegen führen die Kommunisten einen erbitterten Kampf. Von diesem Kampf, den sie nicht um einer Parole, sondern um der von der Sozialdemokratie mit Fäulnis getriebenen Lebensinteressen der Arbeiter willen führen, wüßte sie keine Festkampagne der Reformisten in den Betrieben und in der Presse abhalten können. Mögen auch heute noch die Arbeiter leicht der Beeinflussung der SPD unterliegen, so werde den besten Elementen durch die Schlichtungspraxis und Verbindlichkeitsqualitäten bald klarwerden, daß Schluß gemacht werden muß mit der reformistischen „Strategie“, die dem Feind die Arbeitertruppen einzeln ausliefert, statt eine machtvolle Front in den Wirtschaftskämpfen herzustellen.

Die Demonstranten nahmen die Ausführungen mit reichem Beifall auf.

Der Aufmarsch war immerhin eine Aufrüttelung. Die SPD wird ihren Kampf um die Gewinnung der Arbeiter zum entschlossenen Angriff gegen die Unternehmer fortsetzen.

Ein Brief Otto Brauns an die Arbeiter

Erzwingt die Amnestie!

Berlin, 17. April. (Eig. Drahtbericht.)

In einer außerordentlich stark besuchten Wahlversammlung der Partei in Moabit im Gesellschaftshaus gelangte ein Brief des befreiten Otto Braun der Berliner Arbeiterkass zur Verteilung. Nachdem er in keinem Brief darauf verwiesen hat, daß seine Befreiung ein Signal für die Arbeiterkass zum Kampf für die Befreiung der Hunderte von proletarischen Gefangenen im Zuchthaus der Hindenburg-Republik und gegen den Amnestieverrat der SPD sein soll, lag der Brief am Schluß:

„Aber meine Freunde und ich sind überzeugt, daß der Gedanke der Anwendung von proletarischer Klassengewalt gegen die kapitalistische Herrschaft, die auf Blut und Tränen des armen Volkes aufgebaut ist, niemals aus den Herzen und Hirnen der revolutionären Arbeiter ausgemerzt werden kann. Meine Freunde und ich sind der Überzeugung, daß die Berliner Arbeiterkass und insbesondere die Arbeiter in Moabit, die republikanische Kolteranzität für proletarische Gefangene jeden Tag sehen können, mit noch härterer Energie für die Befreiung der politischen Gefangenen des Proletariats kämpfen werden.“

Mit proletarischem Gruß Euer Otto Braun.“

Im Anschluß an die mit Jubel aufgenommene Verteilung des Briefes beschloß die Versammlung eine Resolution, die dem befreiten Genossen brüderliche Grüße übermittelt, höchste Sympathie für den leider verhafteten Arbeiter Philipp ausdrückt und zum härtesten Kampf für die Amnestie und gegen die Partei des Amnestieverrats, die SPD, aufruft.

Die Kartonnagenarbeiter sollen ausgeperrt werden

Der Streik der Dresdner Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen soll nun ebenfalls mit der Aussperrung beantwortet werden. Diese Drohung hat natürlich den Zweck die zurzeit stattfindenden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zu beeinflussen. Die Aussperrung soll heute in Kraft treten.

Von der Maßnahme würden 5000 Arbeiter betroffen. Die Kartonnagenarbeiter haben den Eindruck zu erwecken, als ob die Kartonnagenarbeiter in den Streik getrieben seien, ohne die heutigen Verhandlungen in Berlin abzuwarten. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Streik seit dem 5. April an 4 Pf. und vom 20. September an weitere 3 Pf. Lohnzulage vorzieht, und von beiden Teilen abgelehnt wurde und daß vier Tage vor dem Streik nochmals das schriftliche Ersuchen des Buchbinderverbandes an die Unternehmer zum Zwecke ärztlicher Verhandlungen gerichtet wurde. Die Forderungen der Arbeitnehmer betragen an der Spitze 20 Prozent, gleich 17 Pfennig.

Fememord

Stettin, 17. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern begann ein Fememordprozeß, der einen Fememord der Arbeitsgemeinschaft Köhbach an einem ehemaligen Köhbach zur Grundlage hat. Die Angeklagten erschienen in herausfordernder Haltung fast sämtlich in Ziviltracht, der Feldwebel Otto mit einer Klemmerbrust. Acht Rechtsanwältinnen stehen den Angeklagten zur Verfügung. Gleich zu Beginn forderte der Vorsitzende, angeblich aus Gründen des „Mangels“, den Angeklagten Heines, Stoktrupführer in Mänteln, auf, nicht auf der Bank der Angeklagten, sondern neben dem Verteidiger Platz zu nehmen. Dieses Entgegenkommen soll ansehnlich während der ganzen Dauer des Prozesses geübt werden. Auch die übrigen Vorgänge des 1. Verhandlungstages, über die noch berichtet wird, zeigten deutlich, wie die Klassenjustiz bemüht ist, für die Vertuschung auch dieses Fememordes alles nur mögliche zu tun.

„Hochanständig gehandelt“

Ein bürgerliches Urteil über die Gefangenendefreiung und die sozialdemokratische Polizeihand

Die Welt am Montag schreibt darüber:

Selbst der Gegner muß es dem halben Dutzend Arbeitern, die den Kommunisten Braun aus Moabit befreiten, lassen: sie haben es ausgezeichnet gemacht.“ Früher herrschte bis zum Sozialanfeiger nur eine Stimme. Und auch darüber kann kein Zweifel sein: sie haben nicht nur technisch hervorragend gearbeitet, sondern auch, trotz der unläugbaren Verletzung des Gesetzes, hochanständig gehandelt. Dafür läßt uns ihnen die Hand drücken und nicht zuletzt dem tapferen Mädchen, das den Mann ihrer Wahl nicht im Stich ließ, sondern Kopf und Kragen für ihn wagte. Der Schlichter Whitkop, der als einziger erwirkt wurde, ist um der Treue willen, die er seinem Genossen hält, aller Hochachtung wert. Hier gehts um Dinge, die höher sind denn alle Paragrafen, nämlich um den Begriff höchsten menschlichen Anstandes. Die Polizei hat die Pflicht, die Entlohnungen zu verweigern; man kann ihr daraus keinen Vorwurf machen. Aber weite Kreise des Volkes begleiten ihr Bemühen mit dem Wunsch auf ein frühliches Wiltigen.

Würden wir die gleiche Sympathie haben, wenn es sich um Polenkreuzer handelte? Eine Gewissensfrage; aber getrost zu beantworten unter der Voraussetzung, daß die Umstände die gleichen wären. Was ist in der Fall nie aktuell geworden. Wenn, was oft genug voram, einer von ihnen vorrückte, geschah es noch nie so offen und geradezu, sondern heimlich und leise, sozilogisch hinterherum, und unter Ausnutzung aller Vorteile, die eine paternalistische Genügnung ganz automatisch einbringt. Wäre aber je eine gewalttätige Vertreibung vorgekommen, so hätten die Herren Vertreter auf eine mehr als doppelseitige Sicherung ihrer

Sie haben uns erbadt!

Der sozialdemokratischen Presse ist ein großes Heil widerfahren. Sie hat entdeckt, daß die kommunistische Presse den Genossen Otto Braun, der mit einigen Kameraden der sozialdemokratischen Polizeibureaukratie und ihren Abstoßkinderjungen ein so ausgezeichnetes Schnüppchen geistigen hat, im Mai 1922, als der Genosse des Altensraubes bei dem weisgardistischen Oberst Jrenberg bezeugt war, als Prokurator von nationalsozialistischer Seite bezeichnet hat. Und der Vorwurf triumphiert: Die Kommunisten können alles!

Und diesmal hat der Vorwurf ausnahmsweise die Wahrheit gesagt. Die Kommunisten können wirklich alles, wenn es sich darum handelt, einen Genossen vor der weißen Justizmaschine zu retten. Sie sind sogar imstande, ihn als Prokurator zu bezeichnen, wenn dadurch die Möglichkeit besteht, das Klassengericht zu verwirren, zu täuschen und sein Schicksal zu erleichtern. So etwas kann natürlich ein sozialdemokratisches Polizeigeheimnis nicht lassen. Der Tatbestand ist ganz einfach. Genosse Otto Braun hat der Partei selbst vorgeschlagen, ihn als Prokurator von nationalsozialistischer Seite zu behandeln weil dies die einzige Möglichkeit war, bei dem Prozeß wegen Altensraubes die kommunistischen Arbeiter zu entlasten und die nationalsozialistischen Richter zu täuschen. Die Partei konnte diesen Vorschlag annehmen und ihn durchführen, weil sie wußte, daß Otto Braun ein Kommunist ist, der auch die schwersten Opfer auf sich nimmt, wenn es sich um das Interesse der Partei handelt.

So etwas ist natürlich in den Augen der sozialdemokratischen Parteipresse ein Verbrechen. Die revolutionäre Arbeiterkass verachtet es, wenn den Kommunisten im Kampfe gegen die Klassenjustiz jedes Mittel recht ist. Selbst die neueste Entlastung des Vorwärts wird nichts daran ändern, daß die Sympathie der Arbeiterkass auf der Seite des Genossen Braun und der sozialdemokratischen Bureaukratie, die die Amnestie abwürgte, die Betrachtung aller ehrlichen Arbeiter zuteil wird.

„Achtung vor selbstgeschaffenen Gesetzen“

verlangt die SPD. Sie meint damit Unterwerfung unter die mit Hilfe der SPD geschaffene Schlichtungsordnung. Nach dem Bericht des Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker vom 7. April lagte der Württembergische Gauvorsitzender Klein zum verbindlich erklärten Schiedspruch: „Wenn wir uns fügen, so tun wir dies aus Achtung vor selbstgeschaffenen Gesetzen.“ Dieses Eingeständnis ist wertvoll. In einer großen Koalition hat die SPD die Schlichtungsordnung geschaffen. Jetzt sollen die Arbeiter dafür hungern. Weil sie wieder in die große Koalition will, verlangt die SPD Unterwerfung unter die Schlichtungsordnung. Arbeiter, antwortet! Kämpft mit der SPD! Nieder mit dem Schandgeiß der SPD!

Aussperrung der Berliner Holzarbeiter

Berlin, 17. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Die geistige Generalversammlung der Vereinigung der Unternehmerverbände der Berliner Holzindustrie hat einstimmig beschloßen, ab kommenden Donnerstag die Aussperrung der Berliner Holzarbeiter durchzuführen, da der vom Holzarbeiterverband über eine Reihe Betriebe verhängte Streik unberechtigter sei. Von diesem Aussperrungsbeschlusse werden 12.000 bei abigen Unternehmern beschäftigte Holzarbeiter betroffen. Das sind die Hälfte aller Berliner Holzarbeiter.

Fortsetzung des Königsberger Buchdruckerstreiks

Königsberg, 17. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Die streikenden Buchdrucker nahmen in einer Versammlung Stellung zur Streikfrage. Es herrschte eine begeisterte Kampfstimmung. In der Überzeugung, daß ein voller Sieg erntet werden würde, wurde einstimmig beschloßen, den Kampf in unermüdeter Schärfe fortzusetzen und alle Kompromisshochzeiten und Streikabwürgungsversuche der reformistischen Führer abzuwehren. Die befristeten bürgerlichen Betriebe verurteilen, im Reich Streikbrücherei herbeizulen zu lassen und werden vor Annahme derselben alle Kollegen gewarnt.

Das Druckerpersonal der Firma Koffe, Berlin, hat für die streikenden Kollegen 800 Mark gesammelt. Das bedeutet, daß durchschnittlich jeder Beschäftigte 1 Mark gesammelt hat.

Kommunistischer Wahlaufmarsch in Paris

In Paris Saint Germain, einer Vorstadt von Paris fand eine wichtige Wahlkundgebung statt. Der Saal, in dem die Kundgebung abgehalten wurde, war so überfüllt, daß mehrere Parabelverammlungen abgehalten werden mußten. Die Abgeordneten Boillant, Couturier und Vertou traten als Redner auf. Das Gewicht, daß auch die von der Polizei gesuchten Abgeordneten Doriot und Ducloux sprechen werden, hatte zur Folge, daß alle Verammlungen von starken Polizeikräften überwacht waren.

Goermus-Konzert für Erwerbslose

Am Freitag dem 20. April 14 Uhr wird wiederum der Genosse Goermus, Moskau, ein Konzert für die Dresdner Erwerbslosen und deren Angehörige in den Vaterland-Vielspielen geben. Karten für Erwerbslose und deren Angehörige sind zum Preise von 15 Pfennig in der ZHD, Güterbahnhofstraße 24, und im Freizeitspielgeschäft Sühmer, Köhbergstraße, zu haben. Für Neu-Kauf findet die Ausgabe am Mittwoch vormittag in der Stempelpostenverammlung im Brichnigbad und am Nachmittag in der Wachtelschänke statt.

Erwerbslosen-Ausschuß Groß-Dresden

Erwerbslose von Dresden-Neustadt

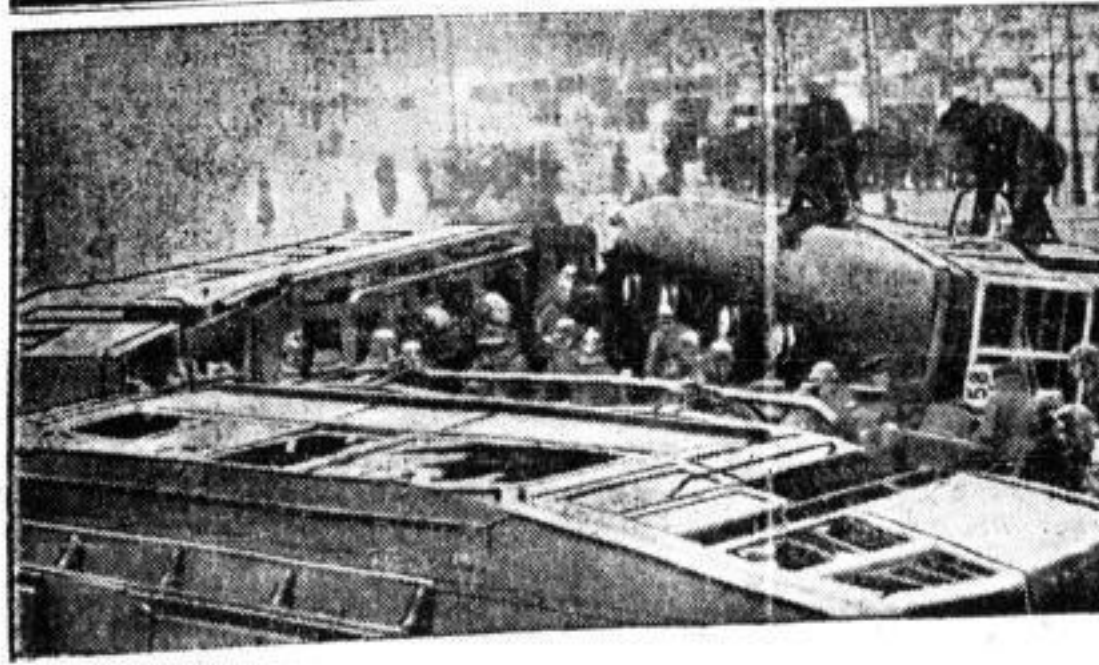
Am Mittwoch dem 18. April 10.30 Uhr findet im Brichnigbad eine Stempelpostenverammlung

statt. Landtagsabgeordneter Bruno Siegel spricht über das Thema: „Was haben die Erwerbslosen vom kommenden Reichstag zu erwarten?“

Erwerbslose, erscheint in Rajen!

Engere B.Z.

läßt morgen aus und findet Sonnabend den 21. d. M. 10 Uhr, Mitt. Am gleichen Tage Voll-B.Z., 18 Uhr.



Zum Straßenbahnunglück in Berlin

Die Straßenkreuzung, an der sich die Katastrophe ereignete, der 6 Menschenleben zum Opfer fielen